

Mittwoch, 16. September 2020

## SVP-Unternehmer im Aargau tun sich schwer mit eigener Initiative

Begrenzungsinitiative: Firmenchefs wollen sich nicht äussern, Ständerat Hansjörg Knecht hält sich zurück.

**Sébastien Lavoyer**

In knapp zwei Wochen wird über die Begrenzungsinitiative der SVP abgestimmt. Kantonalpräsident und Nationalrat Andreas Glarner hat seine Parteikollegen zu mehr Engagement im Abstimmungskampf aufgerufen und

setzt sich in den sozialen Medien stark für ein Ja zur Initiative ein. Glarner ist aber fast der einzige SVP-Unternehmer im Aargau, der sich dafür einsetzt. Ständerat und Müllereiunternehmer Hansjörg Knecht engagiert sich nicht, weil der Aargauer Regierungsrat ein Nein empfiehlt. Markus Blocher (Dot-

tikon ES), **Hans-Jörg Bertschi** (Bertschi AG, Dürrenäsch), Adrian Schmitter (Kantonsspital Baden) und Karin Bertschi (Recycling-Paradies) wollen sich alle nicht zu ihrer Haltung zur Begrenzungsinitiative äussern. Der einzige von der AZ angefragte SVP-Firmenchef, der sich für ein Ja ausspricht, ist

Nationalrat Benjamin Giezendanner. Der Transportunternehmer aus Rothrist war erst skeptisch, sagt nun aber: «Es kann doch nicht sein, dass immer mehr Zuwanderer kommen, wir immer weniger Platz haben und unsere Arbeitnehmer in die Sozialwerke verdrängt werden.» *Kommentar rechts* **Region**

Kommentar

### *Zu hoher Preis für SVP-Firmenchefs*

Je näher der Abstimmungssonntag rückt, desto weniger Stimmen für die Begrenzungsinitiative sind zu hören. Die SVP war von Anfang an Einzelkämpferin in der Sache. Dies allein bedeutet nicht, dass sie chancenlos ist, wie die Masseneinwanderungsinitiative gezeigt hat. Doch diesmal fehlt der Sukkurs an einer empfindlichen Stelle: bei Unternehmern mit SVP-Parteibüchlein. Kaum einer spricht sich für die Kündigung der Personenfreizügigkeit aus.

Über die Gründe kann man spekulieren: Die einen schweigen, weil sie aus Überzeugung gegen die Initiative sind, aber der Partei nicht in den Rücken fallen wollen. Andere schreiben möglicherweise ein Ja auf den Stimmzettel, wollen aber ihre persönliche Meinung aus Imagegründen nicht mit dem Namen ihrer Firma in Verbindung bringen. Dritte sehen wohl die Niederlage kommen und wollen nicht an vorderster Front zu den Verlierern gehören. Müllereiunternehmer Hansjörg Knecht wiederum, der im Ständeratswahlkampf noch lautstark für die Begrenzungsinitiative weibelte, erklärt sein plötzliches Schweigen damit, als Ständesvertreter Rücksicht auf die Position des Regierungsrates nehmen zu müssen.

So oder so: Auch den meisten Aargauer SVP-Unternehmern scheint der Einsatz für die Begrenzungsinitiative zu hoch. Das sagt vielleicht mehr aus über die Vorlage als die geballte Ladung an Contra-Statements der versammelten SVP-Gegnerschaft.

# SVP-Unternehmer halten sich zurück vor Abstimmung

Keine zwei Wochen dauert es bis zur Abstimmung über die Begrenzungsinitiative und bei den SVP-Unternehmern im Kanton ist es überraschend still. Selbst auf Nachfrage wollen sich die meisten nicht äussern. Mit einer Ausnahme.

Von Sebastian Lavoyer

An der Begrenzungsinitiative (BGi) scheiden sich die rechtlichfertigen Geister. Da gibt es zum einen Leute wie Peter Spühler. Der ehemalige SVP-Nationalrat findet als Patron der Stadler Rail... Die Initiative ist extrem und gefährlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz... Auf der anderen Seite stehen Leute wie Verleger und Unternehmer Roger Köppel. Der Zürcher SVP-Nationalrat sagt: «Wer derart offene Grenzen hat wie wir, kann nicht ein derart ausgebautes Sozialsystem haben. Das ist wie ein offener Kühlschrank!» Aber wie sieht es eigentlich im Aargau aus? SVP-Nationalrat und Kantonspräsident Andreas Glamer fördern seine Partei/Idolen in mehr als 100-jährigen

Kantonsvorstand auf Plakate aufhängen und für ein Ja zu kämpfen. Auch in den sozialen Medien macht sich Glamer für die Begrenzungsinitiative stark. Doch wie positionieren sich die anderen Aargauer SVP-Unternehmer? Beginnen wir bei Ständerat Hansjörg Knecht. Der Geschäftsführer der Knecht Mühle in Leibstadt hat sich im Wahlkampf klar positioniert. Er befürwortet die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Wie sich das auf seinen Betriebsauswirkungen würde, ist unklar. Die Frage nach der Zahl der Grenzengänger, die bei ihm arbeiten, lässt er unbeantwortet. Dafür aber verrät er, warum er sich in letzter Zeit in hülfliger Zurückhaltung geübt hat: «Meine Haltung ist nicht deckungsgeich mit derjenigen der Aargauer Regierung. Deshalb engagiere ich mich in

meiner Funktion als Ständerat des Kantons Aargau nicht an vorderster Front.» Aargau first, so zu sagen, SVP second. Viele rechte Unternehmer geben sich noch weit bedeckter als Knecht. Marcus Blocher, CEO des Pharmaanalyzeres Dotikon ES und Sohn von SVP-Überwarter Christoph Blocher, zum Beispiel ist zwar politisch nicht aktiv, macht jedoch kein Geheimnis daraus, dass er SVP wählt und nimmt zu politischen Vorlagen von Fall zu Fall auch Stellung. So kritisierte er etwa Bundesrätin Dora Leuthard für ihre Energiepolitik. Zur Begrenzungsinitiative aber heisst es von Dotikon ES bloss: «Grundsätzlich äussert sich die Dotikon ES nicht zu politischen Themen und Herr Blocher möchte zur Abstimmung bezüglich der BGi kein Statement abgeben.»

**FDP-Experten üben weniger Zurückhaltung als SVP-Kollegen**

Dafür, engagiert sich aber nicht



Hansjörg Knecht (SVP), Ständerat und Inhaber Knecht Mühle AG. Bild: Alex Spachala

Der einzige kontaktierte Aargauer SVP-Unternehmer, der öffentlich Stellung bezieht, ist Nationalrat Benjamin Gliezendanner. Er sagt: «Am Anfang habe ich die Begrenzungsinitiative wie jede Initiative sehr kritisch angeschaut.» Als Unternehmer sei er interessiert, günstige und gute Leute aus dem Ausland holen zu können, um die Existenz der Firma im harten Wettbewerb zu sichern. «Aber als Bürger sage ich: «Es kann doch nicht sein, dass immer mehr kommen, wir immer weniger Platz haben und unsere Arbeitnehmenden in die Sozialwerke verdrängt werden.»

Er sei sich bewusst, dass er sich mit einem Ja zur BGi aus unternehmerischer Sicht ins eigene Fleisch schneiden könnte. Trotz Personenfreizügigkeit klagt er derzeit über einen Chauffeur-Mangel. Bei einer Annahme der Initiative würde sich dieser wohl verschärfen. Gliezendanner: «Dafür würden dann vielleicht die Löhne für die Chauffeure wieder etwas steigen und

das Berufsbild für junge Lernende attraktiver. Es ist auch in meinem Interesse als KMI-Unternehmer, dass es meinen Chauffeuren gut geht. Man kann also selbst als Gewerbetreibender schlechtes Gewissen ja stimmen.»

Weniger Zurückhaltung als die meisten SVP-Unternehmer zeigt Otto H. Sulner, Verwaltungsratspräsident der Brugg Group und FDP-Mitglied. Er ist enttäuscht über die Annahme der Initiative und steht auch dann. Dass sich deshalb der Fachkräftemangel verschärfen könnte, befürchtet er nicht. Etwas defensiver tönt es bei Ex-FDP-Grossrat Daniel Knecht, wie Sulner dem rechten Flügel im Preisinn anordnen. Der Geschäftsführer der Knecht Brugg Holding AG sagt: «Der völlig freie Personenverkehr wird in Zukunft nicht funktionieren. Ob die Initiative das richtige Mittel ist, da bin ich mir nicht sicher. Aber wir haben ja gerade während der Pandemie gesehen, wie heiss die freie Bewegung über Grenzen hinweg sein kann.»

Kein Kommentar



Hans-Jörg Bertschi (SVP), Verwaltungsratspräsident Bertschi AG Dürrenäsch.

Kein Kommentar



Markus Blocher (parteilos), Sohn von Christoph Blocher, CEO Dotikon ES.

Kein Kommentar



Karin Bertschi (SVP), alt Grossrätin und Geschäftsführerin Recycling-Parades.

Kein Kommentar



Adrian Schmitter (SVP), alt Gemeinderat und CEO Kantonsratsspiel Baden AG.

Erst kritisch, jetzt dafür



Benjamin Gliezendanner (SVP), Nationalrat und CEO Gliezendanner Transport.

Überzeugt dafür



Andreas Glamer (SVP), Nationalrat und Inhaber Omnitrade Handels AG.

## Peter Gelehr: «Es ist absolut absurd, zu denken, wir kämen besser weg»

**Personenfreizügigkeit** Natürlich gibt es in den Reihen der Unternehmer neben den Befürwortern der SVP-Initiative auch zahlreiche Gegner. Stellt vertretbar kam Peter Gelehr zu Wort, Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) sowie Geschäftsführer der Siegfried AG... Die Personenfreizügigkeit ist für die Industrie in der Schweiz, aber auch für andere Sektoren – zum Beispiel die Pflege – enorm wichtig.»

Die Annahme der SVP-Initiative würde nicht nur diese tangieren, sondern hätte laut Gelehr auch den Wegfall der Bilateralen I zur Folge. Er sagt: «Das würde die Schweizer Exportwirtschaft im Kern treffen. Unsere Unter-

nehmen würden den Zugang zum grössten Markt der Welt verlieren, was viele zwingen würde, Fertigungsstätten in den EU-Raum zu verlagern. Er aber würde die Arbeitslosigkeit hier erhöhen.

Die SVP zweifelt daran, dass die Kündigung der Personenfreizügigkeit automatisch die Quillente-Klausel auslösen, also die Bilateralen I wegfallen würden. Gelehr engagiert: «Wenn man sieht, was mit dem Brexit läuft, dann packt denn das nackte Grauen.» Mithel sind die Engländer als Nato-Mitglied und Atommacht in einer wesentlich besseren Verhandlungsposition als die Schweiz. «Es ist absolut absurd, zu denken, wir würden da irgendwie besser wegkommen», so Gelehr. (st)